

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mk., monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag : : : :.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in P. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 15 Pfennig, die Reklamezeile 30 Pfennig : : : :.

Amts-Bezirks-Anzeiger für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehnitz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Aufschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine
Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Aufschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Aleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationstrast für den Amtsbezirk Birkenwerder.

No. 55. Birkenwerder, Dienstag, den 7. Juli 1908 7. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das illustrierte Familienblatt Nr. 26.
Inserate erbitten wir rechtzeitig Montag, Mittwoch und Freitag vormittag.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Als zugeflogen ist eine Kropfstaube gemeldet.
Birkenwerder, den 29. Juni 1908.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Das Verzeichnis der zur Brandenburgischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gehörenden Betriebe und Beitragsheberrolle für Birkenwerder liegt gemäß § 111 des Unfall-Versicherungsgesetzes für Landwirtschaft während der Zeit vom 7. d. Mts. bis 22. d. Mts. in meinem Amtszimmer zur Einsicht der Beteiligten aus.

Nach diesem Termin wird mit der Beitragshebung begonnen.

Birkenwerder, den 4. Juli 1908.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Das Proviantamt Berlin hat mit dem Heuankauf aus der neuen Ernte begonnen. Die Zufuhr an die Magazine in Moabit, Paulstraße 20a, sowie in Tempelhof, Schönebergerstraße 11/15, kann unmittelbar von der Wiese aus erfolgen. Angebote mit Angabe der ungefähren Heumengen und des Preises werden unter Beifügung einer Probe an

Proviantamt Berlin S.O. 33, Köpenickerstr. 16/17

erbeten.

Das Heu muß gut gewonnen sein, eine frische Farbe und einen kräftigen Pflanzengeruch haben, darf nicht erheblich mit solchen Gräsern vermischt sein, die keinen oder nur geringen Nährwert besitzen oder den Pferden widerlich oder schädlich sind. Es darf nicht mit Schmutz überzogen, nicht dumpfig, staubig oder schimmelig sein.

Unmittelbar nach der Roggen- und Hafenernte wird auch mit dem Ankauf von Roggen und Hafer sowie Roggenstroh (Hegel- und Maschinenlangstroh) begonnen.
Berlin S.O. 33, den 19. Juni 1908.

Das Königl. Proviantamt.

Veröffentlicht.

Birkenwerder, den 24. Juni 1908.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Veröffentlicht

Hohen-Neuendorf, den 23. Juni 1908.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

Bekanntmachung.

Die für das Jahr 1907 zu gelgenden Beiträge zur Brandenburgischen Unfall-Berufsgenossenschaft sind berechnet und liegt das Verzeichnis vom 7. bis 22. Juli d. J. zur Einsicht der Beteiligten während der Dienststunden im Gemeinde-Vorsteheramt aus.

Hohen-Neuendorf, den 4. Juli 1908.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

Bekanntmachung.

Ein Portemonnaie mit etwa 280 Mk. verloren gegangen. Der ehrliche Finder wolle dasselbe im hiesigen Gemeindebüro gegen den gesetzlichen Finderlohn abgeben.

Hohen-Neuendorf, den 6. Juli 1908.

Der Gemeindevorsteher. Wildberg.

Die bevorstehende Reichsfinanz-Reform

wird neuerdings in der Presse, besonders in deren liberalen Teile, wieder sehr lebhaft erörtert. Dabei wird von verschiedenen Seiten mehr, als zweckdienlich ist, der Schwierigkeiten gedacht, die dem großen, nationalen Werke entgegenstehen sollen. Einzelne Blätter gehen dabei so weit, conditiones sine qua non aufzustellen und leichten Herzens ein Scheitern der Reform in Aussicht zu nehmen. Unseres Erachtens ist es durchaus mäßig und dem guten Willen, an der Hebung der Reichsfinanznöte mitzuwirken, widersprechend, wenn jetzt schon über Einzelheiten angeleglicher Steuerpläne der Stab gebrochen wird. Man warte doch ruhig die Vorschläge der verbündeten Regierungen ab und gebulde sich bis zu deren authentischem Bekanntwerden mit der Polemik. Dann wird dazu noch ausreichend Zeit vorhanden sein und auf einer sachlichen Grundlage verhandelt werden können.

So wie von einem großen Teil der liberalen Presse heute die Reichsfinanzreform — man kann sagen: ins Blaue hinein — behandelt wird, dient dies nur dazu, das Deutsche Reich noch weiter dem Spott und der Schadenfreude des Auslandes zu überliefern. Wie kleinlich sind die Einwände gegenüber einer so großen und so wichtigen nationalen Lebensfrage! Wie anders verhielten sich die Zeitungen und Parteien des Auslandes in solchen Fällen! Wo wird sich in irgendeinem zivilisierten Lande ein angesehenes Presseorgan finden, das wie die „Reifer-Ztg.“ schreibt:

„Ihr (Konserwativen) und die Regierung wollt Geld von uns (Freisinnigen) nicht wir von euch. Ihr müht uns und den von uns vertretenen Volksteilen die Sache unmgerecht machen!“ Bei uns laßt man über so kindische Phrasen; im Auslande würde man einem Blatte, das in dieser Weise von finanzpolitischen Dingen redet, ein für allemal den Rücken kehren.

Standalos ist ferner das Auftreten von Zeitungen, die das Verlangen laut werden lassen, die Aulse solle die Notlage der „Regierung“ — die doch in Wirklichkeit eine Notlage des Reiches ist — dazu benutzen, um bleibende Parteivorteile herauszufischen. Standalos ist die Unterfütterung von Interessenten, die befeuert zu werden fürchten und gerne die Steuern auf die Schultern der „anderen“ abladen möchten, durch politische Blätter. Wie ein Mann mühte die wahrhaft reichs- und staatsbehaltende Presse auftreten und die zum Sohn herausfordernden Argumente lärmender Interessentenvereinigungen zurückzweifen.

Steuern zahlen ist für niemanden eine Annehmlichkeit; aber nicht einer im deutschen Vaterlande darf von der Pflicht befreit sein, nach seinen Kräften aus dem nationalen Geldbedarf beizutragen. Gerade an diesem Punkte sollte die gesamte Presse ansetzen und die Bevölkerung aufklären, anstatt aus Populäritätsjagd jeder, der es hören will, zu versichern: „Rein, du sollst von Steuern befreit sein, die „anderen“ müssen diese unangenehme Leistung auf sich nehmen. Es ist auch durchaus unangebracht und dem nationalen Interesse schädlich, wenn fort und fort behauptet wird, wir hätten in Deutschland so fürchtbar große Schulden und so kolossale Steuerlasten, daß wir schon jetzt fast darunter zusammenbrechen und neue Einnahmen kaum noch auffinden könnten. Und solche widerförmigen Behauptungen wagt man aufzustellen zu einer Zeit, da die wirtschaftliche Entwicklung der Nation auf der Höhe steht, da alle Volksschichten bis zum einfachsten Arbeiter hinunter sich eine Lebenshaltung gönnen können, die noch vor einem Jahrzehnt nicht für möglich gehalten worden wäre. Dieses tüchtige, strebsame, fleißige und seinen Bestreben fröhliche, in immerwährendem Wachstum befindliche deutsche Volk sollte nicht die für den nationalen Bedarf erforderlichen Steuern zusammenbringen können?

Es kann sich nur darum handeln, die zweckmäßigsten Steuerquellen ergiebig zum Fließen zu bringen. Die Vorschläge kann man von den verbündeten Regierungen ruhig abwarten. Wenn dabei — so will es ja sonst grundsätzlich die Demokratie! — auch die bewährten Methoden des demokratischen Auslandes berücksichtigt werden, so kann das nichts schaden. Jedenfalls aber sollte sich die Presse hüten, ehe feste Pläne vorliegen, schon von vornherein dieses oder jenes Projekt zu distribuieren und das Volk dagegen aufzureden.

Wir sind der Meinung, daß die Parteien des Reichstages, ihrer Verantwortung vor der Nation, wie vor dem Lande sich bewußt, den festen Willen haben, die, wie wir ruhig zugeben können, schwierige und keineswegs volkstümliche Aufgabe der Reichsfinanzreform zu lösen. Wir sind auch trotz des unglücklichen Scheiterns eines Teils der Presse noch immer der Überzeugung, daß es gelingen wird, die Parteien zum Zustandekommen des wichtigen Werkes zu einigen. Wer man sollte diese Aufgabe nicht erschweren und nicht vorher unnötige Beunruhigungen schaffen. Einige Zurückhaltung über die Reichsfinanzfrage ist also unbedingt geboten.

Ein neuer Aufstieg.

Das Lustschiff des Grafen Zeppelin unternahm nach der glücklichen Dauerfahrt am Mittwoch am Freitag eine neue Fahrt, an der auch der König und darauf auch die Königin von Württemberg teilnahmen. Um 3 Uhr 30 Minuten verließ das Lustschiff bei schönem Wetter mit dem König von Württemberg an Bord die Halle. Wenige Minuten später stieg das Lustschiff mit gemohnter Sicherheit und Leichtigkeit empor und nahm seinen Weg zum Friedrichshafener Schlosse, das es acht Minuten später erreichte. Ueber dem Schloß und dem Park beschrieb das Fahrzeug mehrere Kreise, um dem König Gelegenheit zu bieten, sein Besitztum von oben zu sehen. Um 4 Uhr 4 Minuten ging das Lustschiff in der Nähe der Halle wieder hinunter und legte sich vor Wasseranker. Der König stieg aus der Gondel in das Motorboot „Württemberg“ über, während an seiner Stelle die Königin in die Gondel des Lustschiffes überstieg. Während das Lustschiff sich mit der Königin an Bord um 4 Uhr 13 Minuten wieder erhob, ließ sich der König zu seiner Motorjacht „Condottarum“ bringen und verließ die Halle mit dem Ballon auf dem Wasser. Nach 12 Minuten zog das Lustschiff seine Kreise wieder über dem königlichen Schlosse, um der Königin so genau daselbe Schauspiel zu bieten wie 30 Minuten vorher dem König. Um 4 Uhr 40 Minuten lag das Lustschiff abermals in der Nähe der Halle vor Wasseranker und ebenso leicht und bequem wie vorher der König, verließ die Königin um 4 Uhr 45 Minuten das Lustschiff wieder. Weiteres ging sofort zum dritten Male in die Höhe und setzte seine Manöver fort, während die königliche Jacht zum Schlosse zurückfuhr. Um 5 Uhr erfolgte wiederum bei der Halle die dritte Zwischenlandung, um die Gattin des Reiches des Erfinders, Gräfin Lola Zeppelin, aufzunehmen. Wie stets, fuhr das Lustschiff in geringer Höhe weiter an der Insel Mainau vorbei nach dem Ueberlinger See, wo es um 6 Uhr 35 Minuten in der Halle landete, in die es rasch geborgen wurde. Für den Grafen Zeppelin, der in wenigen Tagen 70 Jahre alt wird, war es ein glücklicher Tag. Das Königspaar sprach sich sehr freudig über die Fahrt aus. Mit diesem bedeutungsvollen Ereignis schloß die Reihe der Fahrten mit der bisherigen Füllung endgültig. Am Lustschiff ist nun alles erprobt, was zu erproben war. So wie es jetzt ist, wird es die entscheidende Fernfahrt in der zweiten Hälfte des Monats antreten. Am Sonnabend begannen die Vorbereitungen zum Anfliegen des in Lustschiff noch vorhandenen Gasbehaltens in die Kugelballons der Vereine Stuttgart, Straßburg, Augsburg und München. Die betreffenden Sportfahrten werden Montag und Dienstag stattfinden.

Deutsches Reich.

Reisepläne des Kaisers. Gewisse russische und ausländische Zeitungen haben veröffentlicht, daß der Deutsche Kaiser beabsichtigt, demnächst dem russischen Kaiser einen Besuch zu machen. Diese Gerüchte entbehren nach sichersten Erkundigungen sowohl beim Ministerium des Auswärtigen in Petersburg wie bei der deutschen Botschaft daselbst jeder Begründung. Auch die Blättermeldungen, daß die Zusammenkunft zu Lande stattfinden und Gelegenheit zu einer Reihe von Besichtigungen bieten solle, sowie, daß das Gepäck des Deutschen Kaisers schon in Petersburg angekommen sein soll usw., sind vollkommen unbegründet. — Dagegen wird der Kaiser nach Beendigung der Nordlandreise mit der Kaiserin einen Besuch in Stockholm machen. Die Abfahrt soll am 7. August in Ewinemünde erfolgen.

Wahlverfahren. Die preussischen Gemeindebehörden sind erjucht worden, nach vorherigem Benehmen mit den bei der Wahlmännerwahl tätig gewesenem Wahlvorstehern eine Aeußerung darüber einzufenden, welche Erfahrungen gegenwärtig mit den Vorrichtungen über die Vorbereitung und Ausführung der Wahlmännerwahlen, namentlich mit den gegen die früheren abweichenden neuen Bestimmungen gemacht worden sind, welche Mängel sich dabei herausgestellt haben und der Abhilfe bedürfen, oder welche Vorteile dabei durch Kürzung und sonstige Erleichterung des Wahlverfahrens zutage getreten sind.

Sozialdemokratischer Terrorismus. Mit dem sozialdemokratischen Terrorismus bei den Wahlen beschäftigten sich die „Amtlichen Mitteilungen des konserwativen Vereins für die Provinz Brandenburg“. Dieses Organ kennzeichnet die Vorgänge folgendermaßen:

„Was die Sozialdemokratie im Januar mit ihren Massendemonstrationen in Berlin und in den sonstigen Großstädten begangen, das könnte sie am 3. Juni durch eine beispiellose politische Tat — den roten Schreden! Man ist sprachlos ob solcher Tyrannei, die das im allgemeinen nicht gerade glücklich gewählte Wort des Altreichstanzlers von der Politik, die den Charakter verdirbt, zu bestätigen scheint. Mitten im bürgerlichen Rechtsstaat darf also eine politische Partei es wagen, Hunderttausende